

TÜRKEI-SPIEGEL

Demokraten aller Länder, unterstützt einander!



TÜRKEI-SPIEGEL

Nr.2

Januar/Februar 1984



Inhalt

Wir über uns	S.2
Die Türkei nach den Wahlen	
R. Yürükoğlu	S.3
Wir lassen uns nicht spalten	
Kölner/Frankfurter Appell	S.6
Internationale Konferenz	
für Demokratie in der Türkei	S.8
Kolonialisten, Hände weg von Zypern!	
K. Yaratán	S.10
Menschenrechte in der Türkei	S.13
Ich träume (Gedicht)	
Mehmet Arat	S.15
Pressespiegel	S.16
Rückkehrförderung — Betrug	
statt Hilfe	
Renate Braun	S.18

WIR ÜBER UNS

Am 12. September 1980 kam in der Türkei eine faschistische Militärjunta an die Macht. Die Völker in der Türkei mussten militärische Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung erdulden. Eine Solidaritätsbewegung mit den Völkern der Türkei zu schaffen, war erwies sich von grosser Bedeutung. In jedem Land Europas schlossen sich Humanisten, Demokraten und friedliebende Menschen dieser Bewegung an. Durch ihre Hilfe konnte der faschistische Charakter des Regimes in der Türkei in der europäischen Öffentlichkeit blossgestellt werden. Nur haben sich manche chronischen Schwächen der revolutionären Bewegung der Türkei auf diese Bewegung übertragen. Der Zersplitterung der revolutionären Bewegung der Türkei entsprechend ist jede Linie geneigt, innerhalb ihrer Möglichkeiten eine gesonderte Kampagne zu organisieren oder ein neues Komitee zu gründen. Diese Einstellung birgt die Gefahr, die Solidaritätsbewegung zu spalten und zu schwächen. Alle Progressiven, welcher politischen Richtung sie auch angehören, müssen in der Solidaritätsbewegung mit den Demokraten in der Türkei zusammenarbeiten. Wir müssen die Solidaritätsbewegung zu einer breiten Bewegung machen, in der jeder fortschrittliche Mensch mit dem zufriedenen Gefühl arbeiten kann, eine positive Aufgabe zu erfüllen. Keiner hat das Recht, die Solidaritätskampagne für seinen eigenen Vorteil auszunützen und die Bewegung zu schwächen.

Dafür müssen wir unsere Arbeit auf zwei Ebenen fortsetzen:

1. Wir müssen in jedem einzelnen europäischen Land versuchen, die Solidaritätsbewegung zu vereinheitlichen. Dafür müssen sich die jeweils bestehenden Kampagnen in bestimmten Abständen zusammensetzen und ein gemeinsames Koordinationskomitee bilden.

2. Wir müssen versuchen, die Vereinheitlichung der Solidaritätsbewegung in ganz Europa zu erreichen. Dazu muss eine europäische Koordination geschaffen werden, in der alle Komitees gleichberechtigt vertreten sind.

Diese Schritte sind notwendig, um wirkungsvollere, gemeinsame Aktionen durchführen und die Verwirrung der demokratischen Öffentlichkeit und die Schwächung der Solidaritätskampagne verhindern zu können. Aus dieser Erwägung heraus wurde die Initiative für die Verteidigung der Demokratischen



Rechte in der Türkei gegründet. Sie wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, eine einheitliche breite Solidaritätsbewegung mit den unterdrückten Völkern in der Türkei zu schaffen und für

- die Beendigung von Kriegsrecht, Folter und Hinrichtungen,
- die Freilassung aller politischen Gefangenen,
- die Freiheit für alle demokratischen Organisationen,
- die Beendigung der Unterdrückung des kurdischen Volkes und der Minderheiten,
- die Beendigung des Expansionismus und der Besetzung Zyperns, den Austritt der Türkei aus der NATO und Auflösung aller NATO-Basen,
- die Einstellung jeder militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung an das repressive Regime zu kämpfen.

Darüberhinaus wird unsere Initiative sich gegen jegliche Auslieferung von Verfolgten des faschistischen Regimes, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, stellen und deren Asylbegehren unterstützen.

Die Wahlen am 6. November haben für das Volk kaum etwas gebracht. Der

Chef der faschistischen Junta, Evren, ist Staatspräsident und hält die Fäden in der Hand. Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes, besonders der Kurden, dauern an. Es herrscht immer noch Kriegsrecht, zehntausende politische Gefangene müssen weiterhin um ihr Leben fürchten. Die demokratischen Organisationen bleiben verboten. Die Mitglieder der fortschrittlichen Gewerkschaft DISK und die Mitglieder des Friedensverbandes stehen vor Militärgerichten. Der Norden Zyperns wird von türkischen Truppen besetzt gehalten.

Im Kampf für unsere oben genannten Ziele brauchen wir Ihre Unterstützung — finanziell und persönlich. Unterstützen wir die Demokraten in der Türkei in ihrem Kampf für eine wirkliche Demokratie!

— Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

— Abonnieren Sie den Türkei-Spiegel!

— Arbeiten Sie mit uns zusammen!

Durch die Hilfe für unsere Initiative fördern Sie direkt den Kampf für die Demokratie in der Türkei.

An dieser Stelle grüssen wir mit Hochachtung alle, die die für demokratische Verhältnisse kämpfenden Völker der Türkei in irgendeiner Weise unterstützen.



Die Türkei nach den Wahlen

R. Yürükoğlu

Die Wahlen in der Türkei fanden in einer Situation statt, in der ausser den drei genehmigten Parteien nicht einmal der Hauch einer bürgerlichen Opposition geduldet und das Volk jeder Form von Unterdrückung, Drohung und Erpressung ausgesetzt war; eine Wahlfarce, in Zusammenhang mit der von Demokratie auch nur zu sprechen eine Schande wäre. Die Resultate einer solchen Wahl sollten doch aus der Sicht des Volkes nicht von Belang sein. Das wäre aber der Fehler derer, die Politik mit Mathematik verwechseln. Es gibt sehr wenige Beispiele, die besser als diese Wahlen zeigen, dass Politik unabhängig vom Willen derer verläuft, die sie betreiben. Die Türkei tritt in ein neues Stadium ein, das unabhängig ist von den Absichten und

Kalkulationen derer, die diese Wahl veranstaltet haben. (Ich rechne die Führung aller drei Parteien, die sich an den Wahlen beteiligt haben, unter die Veranstalter) Bevor wir auf dieses neue Stadium eingehen, wollen wir sehen, was die Wahlen gezeigt und was sie nicht gezeigt haben.

Was die Wahlen gezeigt haben

Das wichtigste Ergebnis, das die Wahlen gezeigt haben, ist die Ablehnung der faschistischen Junta durch unser Volk. Das Volk hat Özal nicht für das, was er gemacht hat oder machen wird, nicht wegen seiner Ansichten und seiner Einstellung, sondern weil von verschiedenen Zirkeln im Verein das Bild einer "wahren Oppositionspartei gegen die

Junta" geschaffen wurde, gewählt. Die Anzahl der Stimmen, die die vom Volk als der Junta am nächsten stehend angesehene "Staatspartei" MDP erhielt, ist eine von unserem Volk mit seiner jahrhundertalten Weisheit dem aschismus verabreichte Ohrfeige.

Die Wahlen waren als Veranstaltung eine Farce, doch die Reaktion des Volkes, die es bei seiner Stimmabgabe zeigte, ist kein Ränkespiel.

Das zweite wichtige Ergebnis der Wahlen ist die grosse Bedeutung der Linken — links von der Sozialdemokratie — in der Bevölkerung der Türkei. Wie auch immer die Presse im In- und Ausland diese Wahrheit zu vertuschen versucht, und obwohl das unter massivster Unter-

(Forts. S.4)



Auch nach den Wahlen bestimmt das Militär das Strassenbild

(Forts. von S.3)

drückung und in Abwesenheit minimalster legaler Möglichkeiten erzielte Ergebnis nicht die wirkliche Stärke der Linken auch nur annähernd widerspiegelt, das Ergebnis ist das Zeichen unserer Stärke. Das lässt sich aus der Tabelle unten entnehmen. Wie hier ersichtlich ist, beträgt der Anteil der ungültigen Stimmen, derer, die an der Wahl nicht teilgenommen haben und derer, die ihr Stimmrecht verloren haben, 18,3%. In einem Zustand der Gewalt, in dem die Teilnahme an den Wahlen Pflicht war, wird es wohl nicht falsch sein, diesen Prozentsatz mehr oder minder als die bewusste Linke anzusehen. Wenn wir die in den Wählerregistern nicht eingetragenen dazu rechnen, kommen wir auf 22%. Ein Teil dieser 4% ist sicher auf die infolge allgemeiner Rückständigkeit des Landes gemachten gewöhnlichen Fehler zurückzuführen, den anderen Teil bilden jedoch, und zwar mit Bestimmtheit, die

bewusstesten Linken. Das sind zehntausende politischer Gefangener und tausende Revolutionäre, die in der Illegalität leben.

Berücksichtigen wir weiterhin, dass ein wesentlicher Prozentsatz der Über-18jährigen mit der Linken sympathisiert,* so liegt die vereinte Kraft der Linken selbst bei vorsichtiger Schätzung nicht unter 20%. Und das ist der Beweis für die grosse Stärke der Linken und zeigt, dass die Ängste der Bourgeoisie keine Einbildung sind.

Das dritte Ergebnis, das die Scheinwahlen erbracht haben, ist die Rückgratlosigkeit der Bürgerlichen Opposition (AP-CHP-MSP) Nach den "Gökalp-Briefen" Demirels und dem Aufruf aller drei Parteien für eine ungültige Stimmabgabe dachten sie, einen ausreichenden "Kampf für Demokratie" geleistet zu haben und machten eine Kehrtwende zu

*Die 18-20jährigen haben in der Türkei noch kein Wahlrecht (Übers.)

TABELLE WAHLEN 1983

	ABSOLUT	%	VON
1. WAHLBERECHTIGTE	(a) 19 740 500 (b) 21 202 449 (c) 22 230 000		
2. ABGEBEBENE STIMMEN	18 319 935	92,8 86,4 82,4	1(a) 1(b) 1(c)
3. GÜLTIGE STIMMEN	17 328 735	87,8 81,7 77,2	1(a) 1(b) 1(c)
4. UNGÜLTIGE STIMMEN	991 200	5,0 5,4	1(a) 2
5. NICHT ABGEBEBENE STIMMEN	1 420 565	07,2	1(a)
6. UNGÜLTIGE UND NICHT ABGEBEBENE STIMMEN	2 411 765	12,2	1(a)
7. UNGÜLTIGE UND NICHT ABGEBEBENE STIMMEN SOWIE PERSONEN, DIE NICHT WÄHLEN DURFTEN	3 873 714	18,3	1(b)
8. UNGÜLTIGE UND NICHT ABGEBEBENE STIMMEN, PERSONEN, DIE NICHT WÄHLEN DURFTEN, SOWIE NICHT IN DIE WÄHLER-REGISTER EINGETRAGENE PERSONEN	4 901 265	22,0	1(c)

ANMERKUNG:

1(a) gibt die offizielle Zahl der Wahlberechtigten 1983

1(b) schliesst 1 461 949 Personen ein, die 1983 nicht wählen durften

1(c) Gesamtzahl der wirklich vorhandenen Wahlberechtigten. Bei ihrer Berechnung wurde von der Anzahl an Berufungen gegen die Wählerregistrierung 1977 ausgegangen. Wir schätzen das Wachstum der Wählerschaft zwischen 1950-73 auf 11%. Bei Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums gelangten wir zu der Annahme, dass die Wählerschaft alle vier Jahre um 10% zunimmt; infolgedessen sollte es, nach 17,5 Mio. im Jahr 1973, 1983 22,23 Mio. Wahlberechtigte geben.

Özal. Damit haben sie das faschistische Regime einmal mehr vor dem Bankrott gerettet (eine Abgabe ungültiger Stimmen um 20% hätte das Ende des Regimes bedeutet). Auf der anderen Seite rechnen sie damit, auf dem Weg der Aussöhnung Özal (und die Junta) für ihre Ziele zu benutzen und so auf den gewünschten Punkt zu kommen.

Was die Wahlen nicht gezeigt haben

Sehen wir nun danach, was die Wahlen nicht gezeigt haben.

Erstens, die Wahlen haben nicht gezeigt, dass die Mutterlandspartei keine bestochene Partei ist. Die Möglichkeit, die Junta könnte übersehen haben, dass sich eine wirkliche Oppositionspartei in die Wahlen hineingeschmuggelt hat, würde sogar die Kinder belustigen. Genauso falsch wäre es, anzunehmen, die Junta hätte keinen Mut, gegen jemanden wie Özal, der in der Vergangenheit überhaupt keine Unterstützung beim Volk gefunden hatte, und seine Partei ihr Veto einzulegen. Ausserdem hatte sie das schon bei mächtigeren Personen getan.

An den Wahlen haben sich drei bestochene Parteien beteiligt. Die Vorsitzenden aller drei Parteien sind in der Regierungszeit der Junta aus drei verschiedenen Räumen des gleichen Korridors im Regierungsgebäude herausgekommen. Wie die Junta — scheinbar unwillig — die Lüge verbreitet, von der Proklamation des "unabhängigen Staates von Nordzyprien" vorher nicht gewusst zu haben, um kommenden Entwicklungen begegnen zu können, so hat sie auch in diesem Fall das gleiche Spiel gespielt. So leitete sie die Reaktion des Volkes zum Wohl der Weiterführung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ansichten um, um den Druck, der von der Bevölkerung ausging, wenigstens kurzfristig zu mindern. Für die listige Bourgeoisie der Türkei sind das gewohnte Taktiken. Kemal liess auch eine "Kommunistische Partei" gründen.

Zweitens haben die Pseudo-Wahlen nicht den kleinsten Beweis erbracht, dass die Demokratie in der Türkei wieder hergestellt wäre. Eine extrem rechts angesiedelte Partei ist durch Juntas Gnaden an die Macht gekommen, mit Auffassungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, die weit rechts von denen der Gerechtigkeitspartei liegen, und die mit dem Faschismus nicht etwa darüber uneins ist, was zu tun sei oder wie es zu tun sei, sondern nur darüber, wie man es am besten erscheinen lässt. Eine illegitime Partei ist durch illegitime Wahlen an die Macht gekommen. Damit ist diese Macht selbst illegitim. Würde die revolutionäre Bewegung diesen Punkt übersehen, brächte sie sich in eine hochgefährliche Lage und würde im Endeffekt eine illegitime Regierung rechtfertigen.

Die Zerfallsperiode hat begonnen

Das sind also die Hauptgesichtspunkte, die die Wahlen aufgezeigt oder nicht aufgezeigt haben. Durch die Wahlen ist allerdings im gesellschaftlichen Leben eine *neue Phase* eingetreten. Sicher, alles war ein Manöver, doch nichtsdestoweniger ein durch den ganz realen Zorn der Bevölkerung gegen den Faschismus erzwungenes Manöver. *Der Faschismus ist in seine Zerfallsperiode geraten.* Es ist schwer vorauszusagen, welche Richtung dieser Zerfall nehmen wird, ob er noch mit Umschwüngen in die Gegenrichtung aufwartet oder welchen Weg er sonst noch einschlägt. Das wird vor allem von der Stärke und Richtung des Drucks der Bevölkerung auf das Regime bestimmt. *Trotzdem, die Zeit des faschistischen Rückzugs, seine Zerfallsperiode hat begonnen.*

Alle Anzeichen wiesen darauf hin, dass die Wahlfarce ein solches Ergebnis haben würde. Die Inflation ist wieder auf 40-50% gestiegen, die Arbeitslosigkeit hat ein epidemisches Ausmass angenommen, und hier und dort lässt sich ein Grollen hören. Ich erinnere mich, dass ich auf der Versammlung am 10. September in Köln das folgende sagte:

“Es ist mir, als ob mir ein kleiner Mann im Nacken sässe, der ständig flüstert, ‘Es bleibt nicht mehr viel Zeit’. Wirklich, in der Türkei bleibt nicht mehr viel Zeit. Wir müssen uns beeilen. Wenn wir nicht die letzten Jahre wieder durchmachen wollen, müssen wir uns beeilen.”

Seit die faschistische Junta an die Macht kam, haben wir immer gesagt, “Panzer haben sie hergebracht, die Revolution wird sie wegfegen.” Entwertet der Umstand, dass der Faschismus in der Türkei, wie oben beschrieben, in seine Zerfallsperiode eingetreten ist, die Wahrheit dieses Slogans? Natürlich nicht. Der Slogan nennt die Aufgabe und das Ziel der revolutionären Kräfte, er sagt nicht, dass die Revolution der einzige Weg sei, auf dem der Faschismus verschwinden könne. Wir haben darauf wiederholt in unseren Publikationen hingewiesen. Aus neuester Zeit gibt es viele Beispiele für die Beseitigung eines Faschismus ohne Revolution, durch einen Zerfallsprozess. Aber solche Wege führen nicht zur wahren Emanzipation des Volkes.

Darüberhinaus macht der Beginn des Zerfallsprozesses unsere Parole nicht hinfällig. *Der Faschismus ist noch da*, der Beginn seines Zerfalls ist eine reine Voraussage. An diesem Punkt kann ich nicht fortfahren, ohne eine Kurzsichtigkeit auf seiten der Pseudo-TKP zu erwähnen. Die Menschewiken scheuten jahrelang davor zurück, die Junta faschistisch zu nennen, als sie sich auf dem Höhepunkt ihrer Raserei befand, und wurden schliesslich erst ihres



Panzer haben sie hergebracht, die Revolution wird sie wegfegen!

Charakters gewahr, als die Wahlen vor der Tür standen. Diese Erleuchtung wird weiter verschönert durch ihre “welterschütternde” Einsicht, die sie auf ihrem sogenannten “Parteitag” gemacht haben und die jetzt über das Radio austrompetet wird, dass “*friedliche Wege nicht länger gangbar sind*”. Friedliche Wege waren offensichtlich bis zum 12. September 1980 gangbar! Friedliche Wege waren gangbar für zwei Jahre nach dem faschistischen Putsch! Erst als die Partei des Richtigen Weges aufgelöst wurde, schlossen sich die friedlichen Wege!

Genossen, jetzt werden die Aufgaben, die der Tag der revolutionären Linken und unserer eigenen Partei stellt, zunehmend klar: vorsichtig und geschickt

zu organisieren, ohne sich von revolutionärem Eifer die Sicht trüben zu lassen. Schritt für Schritt, aber ausdauernd... Mit dem Volk in Kontakt sein, es erreichen, mit ihm sprechen in einer Sprache, die es versteht. Den Versuch machen, alle bestehenden legalen Möglichkeiten für diesen Zweck zu nutzen. Unsere ideologischen und politischen Standpunkte weiterentwickeln.

Wir sind verpflichtet, diese Aufgaben zu erfüllen. Denn die mit Panzern kamen, sollen durch die Revolution weggejagt werden. Weil wir nur dann wahre Demokratie haben werden.

(Übersetzung aus *İşçinin Sesi (Arbeiterstimme)* Nr. 246, 21. Nov 83)

Wir lassen uns nicht spalten

Im vergangenen Herbst hat die Bundesregierung eine Kommission "Ausländerpolitik" aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden eingesetzt. Die dort eingebrachten Vorschläge haben das Ziel, die sozialen und politischen Rechte der Ausländer zu beschneiden. Nachdem diese Absicht Zimmer-

manns bekannt geworden ist, wurden zwei Appelle verfasst, der Frankfurter und der Kölner Appell. Man muss dabei berücksichtigen, dass der Kölner Appell mit seinen Aktionen auf den Kölner Raum beschränkt ist, der Frankfurter jedoch bundesweite Aktionen durchführt. Wir, die Initiative für die Ver-

Kölner Appell/Deutsch-Türkischer Verein Köln

Im März 1983 trafen sich in Köln viele der hier ansässigen Initiativen, Vertreter von Kirchen und Einzelpersonen, um etwas gegen das neue, zu erwartende Ausländergesetz zu unternehmen. Der Grundton dieses zu erwartenden Gesetzes wurde in dem damals gerade erschienenen Bericht der Kommission Ausländerpolitik sichtbar. Diese Kommission, die unter Federführung des Innenministeriums stand, bestand aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Vorschläge dieser Kommission würden bewirken, dass die Rechtlosigkeit der Ausländer in der BRD noch grösser würde und in einem bundeseinheitlichen Gesetz manifestiert würde. Damals begannen in Köln die textlichen Vorarbeiten zum "Kölner Appell". Nach mehreren Plenumsitzungen war der Text im Sommer 83 fertiggestellt und er konnte mit einer Liste der Erstunterzeichner gedruckt werden. Zwischenzeitlich hatten aber einige Gruppen in Frankfurt einen Frankfurter Appell fertiggestellt, der etwas eher herauskam. Der Unterschied im Text besteht hauptsächlich darin, dass der "Kölner Appell gegen eine menschenfeindliche Ausländerpolitik" vom Text her sehr viel ausführlicher ist, der Frankfurter Appell plakativer ist.

Da man sich in Frankfurt als bundesweite Aktionseinheit verstand, beschlossen wir in Köln die Unterschriftenlisten ohne örtliche Begrenzung laufen zu lassen, mit unseren Aktionen allerdings nur in Köln und dem Kölner Raum zu bleiben. Wir verstehen uns mit dem "Kölner Appell" nicht als Konkurrenz zu den Frankfurtern, sondern wir meinen, dass die Appelle sich ergänzen. Da beide das gleiche Ziel haben, glauben wir, dass zwei Appelle mehr Unterschriften bringen werden als ein Appell.

Die Resonanz und die breite Zustimmung, von den Gewerkschaften bis zu

beiden Kirchen, haben uns gezeigt, dass unsere Vermutung richtig war.

Unsere Aktivitäten innerhalb von Köln waren bisher folgende:

Mehrere Info-Stände in der Stadt, eine Grossveranstaltung im November, zu der unter anderen RA-Dr. Heldmann, Prof. Dr.H.Esser, K.Thüsing und Superintendent M.Kock kamen. Auf dieser Veranstaltung haben uns auch die Bläck Fööss unterstützt. Des weiteren arbeiten wir z.Zt. intensiv mit Initiativen aus dem Erftkreis zusammen, um die Ausweisung von ca. 30 Familien zu verhindern. Die Sammlung von Unterschriften geht weiter. Wir wollen diese Unterschriften im März, wenn das neue Gesetz aller Voraussicht nach in den Bundestag zur Beratung kommt, dem Bundeskanzler übergeben. Ausserdem haben wir eine Initiative gestartet zum Kommunalwahlrecht hier in NRW, da diese 1984 stattfinden. Auch haben wir uns den angelaufenen Kampagnen zur Aufenthaltsberechtigung angeschlossen.

Wir möchten Sie auffordern, den "KÖLNER APPELL" zu unterschreiben. Nur durch eine breit dokumentierte Solidarität kann das Schlimmste verhindert werden.

Wenn Sie Unterschriftenlisten oder Informationen brauchen, wenden Sie sich bitte schriftlich oder telefonisch an folgende Kontaktadressen:

Dorothee Heine, Kirchenkreis Köln-Nord, Myliusstr.27,5000 Köln 30, Tel: 0221/528041

Peter-Chr.Löwisch, Weidenpescher Str. 43, 5000 Köln 60, Tel: 0221/7122404 Oder dienstl 0221/733031

Deutsch-Türkischer Verein Köln e.V., Osloerstr. 7, 5000 Köln 71, Tel: 0221/707162

gez. Peter-Chr.Löwisch (Kölner Appell/DTVK)

Wir wollen zusammenhalten

teidigung der demokratischen Rechte in der Türkei, unterstützen beide Appelle, weil wir der Meinung sind, dass beide Appelle nicht gegeneinander verfasst wurden, sondern sich ergänzen. Beide Appelle jedoch sollten sich zu einer einzigen Kampagne zusammenschliessen und keine getrennten, sondern gemein-

same Aktionen durchführen, um eine Verbreiterung der Solidarität mit der ausländischen Bevölkerung zu erreichen, zumindest in Köln. Die Zeit drängt, Zimmermann reibt sich die Hände. Lasst uns dafür sorgen, dass die "Zimmermann-Papiere" in der Mülltonne verschwinden.

Frankfurter Appell

**Gegen Ausländerfeindlichkeit
Gegen die ausländerfeindliche
Politik der Bundesregierung**

Die Unterzeichnenden des "Frankfurter Appell" fordern eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.

Gleichberechtigung heisst u.a.:

■ Das Recht auf einen gesicherten Daueraufenthalt in der Bundesrepublik; keine Ausweisungen mehr. Auch keine Ausweisungen von Ehefrauen, wenn sie sich von ihren Ehemännern getrennt haben.

■ Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen — Ehepartnern und Kindern — in der Bundesrepublik zusammenzuleben; die Massnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung sind aufzuheben.

■ Volle rechtliche und soziale Gleichstellung mit den innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland geborenen Menschen. Im Falle der Arbeitslosigkeit Gewährung nicht nur von Arbeitslosengeld, sondern auch von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; bei Arbeitslosigkeit keine erzwungene Rückkehr ins Herkunftsland. Gleichstellung mit Deutschen bei der Vermittlung in neue Arbeitsstellen.

■ Einführung des Kommunalen Wahlrechts, wie in Schweden, Dänemark und den Niederlanden.



Wir fordern ferner:

■ Uneingeschränkte Geltung des Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes für politische Flüchtlinge; Arbeiterlaubnis für Asylsuchende vom ersten Tage ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik an; keine Internierung von Asylsuchenden in Sammellagern; keine Abschiebung von Asylsuchenden in ihr Herkunftsland, wenn auch nur der leiseste Verdacht besteht, dass dort Haft oder gar Folter und Tod auf sie warten könnten; keine Weitergabe von Daten Asylsuchender an die Geheimdienste weder des In- und schon gar nicht des Auslandes;

und vor allem:

Die sofortige Zurücknahme der diskriminierenden Vorschläge der Bund-Länder Kommission "Ausländerpolitik" (Zimmermann-Papiere)!!!

Internationale Konferenz für Demokratie in der Türkei

Vom 30. bis 31. Oktober hat das Committee for the Defence of Democratic Rights in Turkey (CDDRT) in Grossbritannien eine internationale Konferenz für Demokratie durchgeführt. Ziel dieser Konferenz war, die am 6. November von der faschistischen Junta durchzuführende Wahl in der Türkei als Betrug zu entlarven und die Basis für eine breitere Solidaritätsbewegung zu schaffen.

Die Konferenz verlief erfolgreich, sie war zugleich eine grosse Unterstützung für die demokratischen Kräfte der Türkei.

Das Komitee für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei (CDDRT) in England hatte sie organisiert. Die Konferenz fand im Gebäude des Rathauses von Gross-London statt, das Räume aus Solidarität zur Verfügung stellte.

An der Konferenz nahmen Beobachter, Delegierte und Journalisten aus 12 Ländern sowie viele Vertreter demokratischer Kräfte der Türkei teil. Das trug sehr zu ihrem Erfolg bei. Am ersten Tag wurde die Konferenz von Ernie Roberts, dem ersten Vorsitzenden des CDDRT geleitet. Er ist zugleich Parlamentsabgeordneter der Labour Partei.

Am zweiten Tag leitete Bob Wright, Vertreter des Generalsekretärs der Ingenieur-Gewerkschaft, die Konferenz. Die Konferenz war, wie Bob Wright sagte, ein "Redner-Festival". Aus vielen Ländern kamen Solidaritätsschreiben, die jedoch aus Zeitgründen nicht alle vorgelesen werden konnten.

Der Bürgermeister von Gross-London

und Abgeordnete der Labour-Partei (Linker Flügel), Ken Livingstone, hielt eine Rede und wurde dankbar begrüsst.

Als Beobachter aus der Bundesrepublik Deutschland kam der Abgeordnete der GRÜNEN, Ulrich Fischer. Er überreichte die Solidaritätsbotschaft seiner Partei und erntete, nachdem diese verlesen worden war, viel Beifall.

Einige britische Redner, die auch Abgeordnete der Labour Partei und Abgeordnete im europäischen Parlament sind, sprachen über ihre Arbeit im europäischen Parlament bezüglich der Scheinwahlen in der Türkei. Gleichzeitig sprachen sie ihre Solidarität aus.

Claire Short, Jeremy Corbyn and Chris Smith waren mit verschiedenen Delegationen in der Türkei gewesen. Zusammen mit dem ehemaligen Staatsminister und Juristen Alex Lyon schilderten sie ihre Eindrücke und gaben Erklärungen über die Hintergründe der Scheinwahlen in der Türkei ab.

Der ehemalige Abgeordnete Stan Newens sowie die Journalistin Jane Cousins (Mitorganisatorin der Veranstaltung) hielten ihre Reden.

Ausser den britischen Teilnehmern

nahm auch ein bekannter Jurist aus Österreich, Dr. Alfred Frisch, an der Konferenz teil. In seiner Rede wies er darauf hin, dass die internationale Rechtsordnung eine Lücke aufweise. Demzufolge könne man sämtliche Verfahren auf irgendein europäisches Land übertragen.

Eine andere Rednerin, ebenfalls aus Österreich, berichtete von der Gründung eines Komitees zur Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei.

Redner aus Frankreich, aus der BRD und Dänemark gaben einen Einblick in die fortschrittliche Arbeit in ihren Ländern und protestierten zugleich gegen die Scheinwahlen in der Türkei.

Vertreter der britischen kommunistischen Partei sowie der kommunistischen Jugendvereinigung aus Stadt- und Landkreisen, von PASOK aus Griechenland, von ANC aus Südafrika und verschiedenen kurdischen, irakischen und iranischen Organisationen in Europa, hielten ihre Reden.

Die Vertreter der demokratischen Kräfte der Türkei haben ganz aktiv an der Veranstaltung teilgenommen. Sie trugen zur Stärkung der Solidarität bei.

R. Yürükoğlu, Vertreter der Organisation İŞÇİNİN SESİ (Arbeiterstimme) und Herausgeber der gleichnamigen Zeitung, sprach von der Notwendigkeit einer vereinigten Solidaritätsbewegung. Damit wies er auf den Sinn dieser Konferenz hin.

Şirin Cemgil von der Sozialistischen Vaterlandspartei sprach in ihrer Rede davon, dass der Zorn des Volkes von Tag zu Tag grösser wird. Doch die Demokraten sollten wachsam sein gegen die zunehmende bürgerliche Opposition.

Der Rechtsanwalt Hüseyin Yıldırım aus Kurdistan schilderte in seiner Rede speziell die Unterdrückungsmassnahmen und Grausamkeiten der faschistischen Junta in Türkei-Kurdistan. Erst kürzlich begann erneut im Diyarbakır-Gefängnis ein Hungerstreik bis zum Tode gegen die Haftbedingungen.

Als nächster Redner sprach Doğan Özgüden von der INFO-TÜRK-Pressagentur in Belgien. Er stellte Vergleiche an zwischen der Lage in der Türkei von 1973 und der von 1983 und sprach



Alf Lomas, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Labour Partei, bei seiner Ansprache. Links Richard Bulfe, ebenfalls MEP für Labour, rechts Ernie Roberts, Labour-Abgeordneter im britischen Parlament



Ken Livingstone, Bürgermeister von Gross-London, bei seiner begeistert aufgenommenen Rede

zugleich die Hoffnung aus, dass der Zustand nach dem 12. März 1973 sich nicht wiederholen dürfe. In diesem Zusammenhang verurteilte er auch die Scheinwahlen in der Türkei. Er war der Meinung, die Generäle müssten Rede und Antwort stehen und zur Rechenschaft gezogen werden.

Der DISK-Vertreter (aus dem 10. Bezirk) Zeki Atsız sprach über die Scheinwahlen und deren Sinn. Er meinte, dass die Solidaritätsbewegung geschlossen hinter Kräften stehen müsste, die tatsächlich in der Lage wären, in der Türkei eine Demokratie entstehen zu lassen.

Eine echte Demokratie, so meinte er, sei allerdings nur durch die Revolution möglich.

Alle Reden, in denen Solidarität bekundet wurde, wurden mit Begeisterung aufgenommen. In den türkischen Nachrichten der BBC sowie im schwedischen Rundfunk wurde von dieser Konferenz berichtet.

Die Redner waren sich in vielen Punkten einig, z.B. wurde die aggressive Politik der USA einer scharfen Kritik unterworfen. Solidarität wurde der Bevölkerung Grenadas ausgesprochen.

Im Laufe der Konferenz erschien auch

der Konsul von Grenada.

Heftig kritisiert wurden die Wahlen am 6. November. Die Hintergründe wurden genannt und somit die Sinnlosigkeit dieser Scheinwahlen aufgedeckt. Es müsse viel mehr gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Eine Spaltung der verschiedenen Organisationen muss vermieden werden. Die politischen Differenzen der Organisationen dürfen die gemeinsame Arbeit nicht behindern.

Am Ende der Konferenz wurden alle Solidaritätskomitees Europas zur gemeinsamen Arbeit aufgerufen. Diese Rede wurde mit grossem Beifall aufgenommen.

Am 4. November fand vor dem Gebäude des türkischen Generalkonsulats in London eine Demonstration gegen die Wahlen am 6. November statt.

Das Komitee für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei versuchte seit langem mit Hilfe von Abgeordneten der Labour-Partei, ein Treffen im Parlament mit den Organisationen Solidarität mit den Gewerkschaftern und Für die demokratischen Rechte in der Türkei, Solidaritätskampagne der Türkei, zu organisieren. Dieses Treffen fand nun endlich statt. Über eine gemeinsame Zusammenarbeit konnte an diesem Tag keine Einigung erzielt werden. Aber an der Aktion vom 4. November nahmen alle Organisationen teil; somit ist der erste Schritt für eine gemeinsame Arbeit getan.



Wenig später: CDDRT-Protestmarsch gegen die einseitige Unabhängigkeitserklärung von Nordzypem

Kolonialisten, Hän

K

Am 15. November wurde die Türkische Republik von Nordzypern proklamiert und damit die durch die Invasion türkischer Truppen im Juli 1974 herbeigeführte Teilung der Insel besiegelt. Weltweit erhob sich Protest, und die UNO verurteilte diesen Akt. Der Beschluss stellt nicht nur eine grobe Verletzung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Zyperns sowie der Grundbestimmungen des Völkerrechts, geltender internationaler Konventionen und der UNO-Resolution über Zypern dar, sondern auch eine ernsthafte Bedrohung des Friedens im östlichen Mittelmeer. Noch am Tag nach diesem Schritt wurde der "neue Staat" von der türkischen Regierung und in den darauffolgenden zwei Tagen von Pakistan und Bangladesch anerkannt, die wiederum in guter Beziehung zu Ankara stehen. Mit weltweiter Anerkennung rechnet zwar keiner der daran Interessierten, der türkischen Bourgeoisie jedoch geht es viel mehr um die Kolonialisierung Nordzyperns als um dessen Anerkennung als neuer Staat.

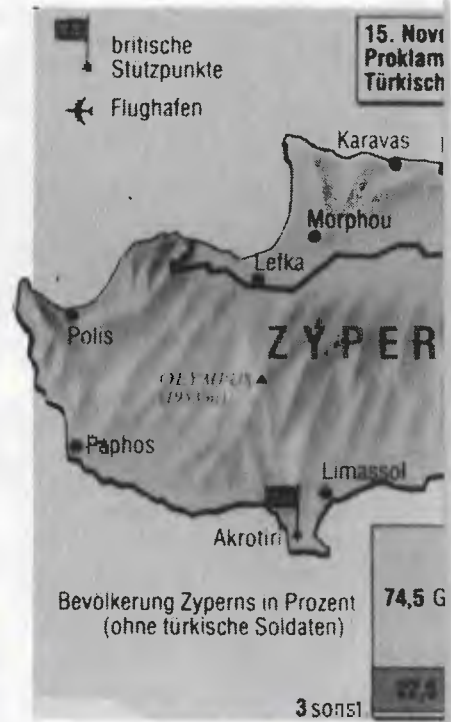
Die USA kritisierten zwar ihr Vorgehen, wer jedoch die Invasion Grenadas zu verantworten hat, der wird auch nicht die aus den gleichen imperialistischen Interessen vorgenommene Teilung der Mittelmeerinsel verurteilen. Ausserdem ist dieser Schritt auch für die USA wegen ihrer strategischen Interessen im Nahen Osten von Vorteil. Sie können jetzt durch ihren NATO-Partner Türkei ihre Raketen und Truppen auf Zypern stationieren. Was auch immer an Kritik aus Washington kommen mag, ist vor allem für die Öffentlichkeit und zur Beruhigung für den NATO-Partner Griechenland gedacht.

Der Zeitpunkt für die Ausrufung der Türkischen Republik von Nordzypern wurde so gewählt, dass er bei der Weltöffentlichkeit den Eindruck erwecken sollte, die am 6. November gewählte neue türkische Regierung habe damit nichts zu tun. Denn Regierungschef Özal übernahm erst später die Regierungsgeschäfte. Doch ob jetzt oder in der Regierungszeit der Junta, die Auswirkungen sind dieselben, zumal die eigentliche Initiatorin dieses Aktes die türkische Bourgeoisie ist. So gab der türkische Ministerpräsident Özal in einem Interview mit dem türkisch-zyprischen Rundfunksender "Bayrak"

bekannt, er werde den türkischen Teil Zyperns zur Freihandelszone erklären. Das bedeutet, dass die türkische Bourgeoisie über 40% der 9250 km² grossen Insel verfügen und über eine Bevölkerung von 120 000 (Gesamtbevölkerung 620 000) bestimmen kann.

Die jahrhundertlang zusammenlebenden beiden Volksgruppen waren bisher nur die unbeteiligten Zuschauer ihrer eigenen Geschichte. Die Insel war Tummelplatz der übermächtigen Feudalstaaten im Mittelalter und dann im Kapitalismus der Bourgeoisie.

Die wegen ihrer wichtigen strategischen Lage und ihren Bodenschätzen begehrte Insel stand von 1489 bis 1570 unter der Herrschaft Venedigs. Dann besiegten die Osmanen (Vorfahren der Türken) die Venezianer und eroberten die Insel. Mit der Zeit entstand durch die Einwanderung türkischer Bevölkerung und Übertritte zum Islam eine türkische Minderheit auf der Insel. Als Gegenleistung für seine Unterstützung der Türkei im Türkisch-Russischen Krieg von 1878 erhielt Grossbritannien die Verwaltung Zyperns, bei formeller Anerkennung der türkischen Oberhoheit. Der Eintritt des osmanischen Reiches in den 1. Weltkrieg auf der Gegenseite hatte die formelle Annexion Zyperns durch die Briten zur Folge. Zypern wurde 1925 britische Kronkolonie. Grosse Teile der griechischen Zyprioten forderten unter Führung der orthodoxen Kirche seit dem Ende des 19. Jahrhunderts den Anschluss an Griechenland. Diese Bestrebungen führten 1931 zu einem erfolglosen Aufstand und zu weiteren Unruhen nach dem 2. Weltkrieg. Ab 1955 führte die von der griechischen Bourgeoisie gelenkte griechisch-nationalistische Widerstandsorganisation EOKA einen Guerillakampf gegen die britische Kolonialmacht. Zugleich kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den türkischen Zyprioten. Die türkisch-zyprische Bourgeoisie bildete eine Widerstandsorganisation (TMT) und verbreitete ihrerseits Terror gegen die griechischen Zyprioten. Die daraufhin einberufene Londoner Konferenz führte zu keinem Ergebnis. Grossbritannien wünschte den Fortbestand des Kolonialstatus, Griechenland wollte die Insel vereinnahmen und die türkische Regierung einen Teil für sich okkupieren — jeder im eigenen Interesse und zugleich ohne die



Türkische Truppen auf Zypern (1974)

Interessen der Zyprioten selbst berücksichtigen. Ergebnis der weiteren Konflikte einberufenen zweiten Londoner Konferenz von 1959 war die britisch-griechisch-türkische Dre-

Der Weg von Zypern!

atan



nächtevertrag, der die Unabhängigkeit Zyperns festlegte. Der zum Staatspräsidenten gewählte Erzbischof Makarios proklamierte 1960 die Unabhängigkeit Zyperns, die Briten behielten ihre militä-

rischen Stützpunkte, und die EOKA forderte weiterhin den Anschluss an Griechenland. Im Dezember 1963 brach der Bürgerkrieg zwischen der griechisch-zyprischen Mehrheit und der türkisch-zyprischen Minderheit aus, weil Makarios die durch die Verfassung garantierten Sonderrechte der türkischen Zypriern in Verwaltung und Regierung ausser Kraft setzte. Nur religiöse und kulturelle Autonomie sollte ihnen zugestanden werden. 1964 entsandten die UN eine Friedenstruppe, die die äussere Ruhe notdürftig wiederherstellen konnte.

Seit 1972 trat die EOKA wieder mit Terroranschlägen gegen Mitglieder und Einrichtungen der Regierung in Erscheinung. 1974 putschte sie gegen die Regierung Makarios, was den Vorwand für die türkische Regierung lieferte, den langgehegten Traum einer erneuten Invasion Zyperns zu verwirklichen. Seitdem sind ca. 40% der Insel — die fruchtbarsten und touristisch reizvollsten Land- und Küstenstriche sowie die wichtigsten Industriegebiete — von 25 000 türkischen Soldaten besetzt, die, wie mehrere hundert staatliche und zivile Bedienstete, als Wachhund des türkischen Finanzkapitals im Norden Zyperns ihren Dienst ausüben. Jeder Winkel Zyperns geriet in das Ausbeutungsnetz der türkischen Monopole. Vom Luftverkehr bis zum Schiffstransport, vom Postwesen bis zur Zahlungseinheit, alles befindet sich unter der Kontrolle der türkischen Regierung. Der besetzte Teil der Insel wurde zwar 1975 als türkischer Bundesstaat von Zypern proklamiert, in Wahrheit jedoch war Zypern in die Lage einer türkischen Provinz gebracht. Und Denktasch, der Präsident der nun proklamierten Republik Nordzyprens, ist nichts anderes als der Gouverneur dieser Provinz, der seine Anweisungen von der Regierung der Türkei bekommt.

Die Wirtschaft in der Türkei wird vom Finanzkapital beherrscht. Die Monopole und der Staat sind miteinander verknüpft. In der Türkei haben wir einen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Als natürliche Folge dessen steht der Kapitalexport, das Bedürfnis, sich neue Märkte und neue Kolonien anzuschaffen, auf der Tagesordnung.

Die militärische Besetzung Nordzyprens ist ein blutiges Unternehmen, um dieses "Bedürfnis" zu befriedigen. Aber

das ist noch nicht alles. Die Bourgeoisie hat sich durch die Okkupation nicht nur neue Ressourcen erschlossen, sondern schwächte auch ihre Gegner, die durch den Handel mit Zypern hohe Gewinne erzielten, vor allem die griechische Bourgeoisie, die den Anschluss Zyperns an Griechenland — mit den gleichen Absichten — anstrebte.

Nach der Landung der türkischen Armee kam die Invasion der türkischen Unternehmer auf der Insel. Die türkische Lira wurde als Zahlungsmittel eingeführt, die Telefon- und Telexverbindung mit Nordzypern läuft über die Türkei. Der Schiffstransport wurde von einem türkischen Unternehmen übernommen, die Agrar-Bank der Republik Türkei wurde zur Zentralbank Zyperns erklärt. Alle Banken der Türkei eröffneten Büros im türkischen Teil der Insel. Der Direktor der Tourismus-Bank der Türkei ist gleichzeitig der Verwaltungsvorsitzende der Türkischen Fremdenverkehrsunternehmen Nordzyprens. Die Einfuhren aus anderen Ländern wurden eingeschränkt und durch Exporte aus der Türkei ersetzt.

Zum anderen wurde ein Einfuhrverbot für bestimmte Waren aus dem "Türkischen Bundesstaat Nordzypern" in die Türkei verhängt. Die türkisch-zyprische Bourgeoisie, die mit der Teilung der Insel die starke griechisch-zyprische Bourgeoisie abzuschütteln und in einem eigenen Gebiet zu wirtschaften beabsichtigte, hat nach diesem Akt lauthals protestiert. In einer Presseerklärung der türkischen Handelskammer Zyperns heisst es: "Wir verstehen nicht, wie entgegen bestehenden Bestimmungen aus dem Türkischen Bundesstaat Nordzypern nur ca. 100 Produkte in die Türkei exportiert werden dürfen, wogegen alle denkbaren Produkte aus der Republik Türkei in den Türkischen Bundesstaat Nordzypern exportiert werden können. Wie kann die Republik Türkei uns nicht die gleichen Handelsrechte gewähren, die von EG-Staaten, also von England, der BRD, Frankreich, Italien der Türkei zugestanden werden. Wir verstehen auch dies nicht. Ein jeder Bürger der Republik Türkei kann im Bundesstaat Nordzypern jede Tätigkeit ausüben, Banken eröffnen, sich um Aufträge bewerben, am Handel beteiligen, aber ein armer Bürger

(Forts. S. 12)



Aufgeputschter Mob feiert die Unabhängigkeit. Das Erwachen kommt bald...

(Forts. von S.11)

des Bundesstaats Nordzypem darf umgekehrt nichts davon in der Republik Türkei."

Die Regierung des Türkischen Bundesstaats von Zypern hat im Gesetzblatt vom 26. Juli 1979 einen Beschluss veröffentlicht, wonach 108 verschiedene Produkte nur aus der Türkei importiert werden dürfen. Diese Machenschaften zeigen, wie die türkische Bourgeoisie Nordzypem für ihre imperialistischen Absichten ausnutzen will und wie die der türkischen Bourgeoisie hörige nordzyprische Marionetten-Regierung nur ein Ausführungsorgan darstellt, das die in der Türkei gefassten Entscheidungen in Nordzypem praktiziert.

Die Bevölkerung Nordzypems stand lange Zeit unter den Einwirkungen der

Propaganda des "Mutterlandes". Doch sie hat nun neun Jahre lang konkret die Machenschaften der türkischen Bourgeoisie erlebt. Die türkische Armee, die sie als "Retter" gegen die Terroranschläge der EOKA willkommen geheissen hatte, entpuppt sich als Besatzungsarmee. Das helfende "Mutterland" erweist sich als ein Kolonialherr mit dem Knüttel in der Hand.

Die türkischen Zyprioten verstehen nun, dass sie vom Regen in die Traufe gekommen sind. Diese bittere Wahrheit wird das Bewusstsein der türkischen Bevölkerung in Zypern ändern.

Die Sezessionserklärung Denktaschs wurde von Ankara erzwungen. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die türkische Regierung vom ersten Augenblick an den neuen Staat anerkannt hat, obgleich sie

den Eindruck zu erwecken versuchte, sie sei von seiner Ausrufung überrascht gewesen. Denktasch hätte diesen Schritt nie unternommen, wenn die Türkei damit nicht einverstanden gewesen wäre.

Aus diesem Grund ist die Sezessionserklärung ungültig und muss rückgängig gemacht werden. Den türkischen, aber auch den griechischen Zyprioten muss das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, zuerkannt werden. Dafür muss die türkische Besatzungsarmee Nordzypem unverzüglich verlassen und die äussere Einmischung sofort aufhören, damit die Unabhängigkeit und Freiheit Zypems, aber auch der Frieden in dieser Krisenregion gewährleistet werden können.

Kolonialisten, Hände weg von Zypern!



Rauf Denktasch bei der Unabhängigkeitserklärung: ein Marionettentheater

Menschenrechte in der Türkei

Im August 1983 besuchte eine Delegation britischer Parlamentarier, darunter Chris Smith, Claire Short und Alex Lyon, die Türkei, um dort die Menschenrechtssituation zu untersuchen, besonders im Hinblick auf die Behandlung der politischen Gefangenen und die Bedingungen in den Gefängnissen der Militärjunta. Sie waren einer Einladung des CDDRT (Komitee zur Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei) gefolgt. Am 30. August berichteten sie auf einer Pressekonferenz in London über die Erfahrungen, die sie in zahlreichen Gesprächen mit ehemaligen Gefangenen und Angehörigen von Gefangenen und als Beobachter bei den Schauprozessen gegen DISK und die türkische Friedensvereinigung gesammelt hatten.



Claire Short, Labour-Abgeordnete

Die beiden Prozesse, die unter Kriegsrecht vor Militärgerichtshöfen stattfanden, waren für die Delegierten ein deutliches Anzeichen für eine totale Perversion der Menschenrechte in der Türkei.

Beim Prozess gegen DISK handelt es sich um eine Anklage gegen die zweitgrösste Arbeitervereinigung in der Türkei. Die 78 angeklagten Gewerkschafter befinden sich seit ihrer Festnahme 1980 unter ständig schlechter werdenden Bedingungen im Gefängnis. In ihrer Anklageschrift findet sich keine einzige spezifizierte Aussage über eine Gewalttat oder über den Besitz von Waffen. Dennoch wird ihnen vorgeworfen, sie hätten gewaltsam versucht, die Regierung zu stürzen. (Dabei ist diese Gewerkschaft, deren Ideen von den Militärs als marxistisch-leninistisch bezeichnet werden, ist Mitglied der IFCTU,

der Internationalen Vereinigung freier Gewerkschaften. Die IFCTU wird auch von den USA als freie Gewerkschaftsbewegung anerkannt. Das wäre sicherlich nicht der Fall, wenn DISK eine kommunistische Organisation wäre.)

Die 78 angeklagten Gewerkschafter müssen mit lebenslänglichen Haftstrafen oder der Todesstrafe rechnen, weil sie für Rechte kämpften, die Gewerkschaften in Westeuropa längst erreicht haben.

Die Anklagen erfolgen einzig und allein auf der Grundlage von beschlagnahmten Redemanuskripten, Artikeln und anderen Papieren. Von den Richtern werden daraus diejenigen Stellen vorgelesen, die beweisen sollen, dass die Angeklagten kommunistische Ziele verfolgten. Zum Beispiel gilt die Forderung des Gewerkschaftspräsidenten nach einer Gehaltserhöhung für Hausmeister in Schulen als eine eindeutig kommunistische Forderung. Kommunismus ist jedoch seit Kemal Atatürk in der Türkei verboten. Die Art und Weise, wie dieses Argument in der Anklage verwendet wird, kann durch folgendes Beispiel noch deutlicher gemacht werden. Es ist ein Ausschnitt aus der Anklage: "Artikel 3 C der Verfassung von DISK erklärt, dass Arbeitslosigkeit nur mittels rascher Industrialisierung durch den Staat beseitigt werden kann. Dabei dient der Einsatz von Technologie dem Wohl der Arbeiter." Die Anklage argumentiert weiter, dass es andere westeuropäische Staaten mit staatlichem Sektor in der Industrie gibt. Sie behauptet fälschlicherweise, Schweden verfüge über eine Staatskontrolle von 4%. Schweden bringe es also fertig, mit einer Staatskontrolle von weniger als 100% auszukommen, warum wolle dann DISK eine vom Staat ausgehende Weiterentwicklung der Industrie. Staatskontrolle oder Staatskapitalismus sei ein typisches Kennzeichen des Kommunismus, deswegen sei DISK eine kommunistische Organisation.

Für uns erscheint diese Beweisführung lächerlich. In der Türkei jedoch werden auf Grund dieser Beweisführung Menschen zum Tode verurteilt.

Im Prozess der türkischen Friedensvereinigung wird die Anklage gegen eine ausgewählte Gruppe von Personen mit den unterschiedlichsten Berufen erhoben. Sie machten sich schuldig, Mitglieder einer Organisation zu sein, die die gleichen Ziele verfolgt wie Friedensbewegungen in anderen europäischen Ländern, z.B. die Beseitigung von Atomwaffen in der Türkei. Für die Angeklagten,

unter denen sich ein Schriftsteller, ein ehemaliger Botschafter, ein Physikprofessor und andere angesehene Personen befinden, wurden vom Militärstaatsanwalt Strafen zwischen 6 und 18 Jahren gefordert. Es ist offensichtlich, dass die Militärs aus jedem Bereich der Öffentlichkeit einen Repräsentanten ausgewählt haben, um jeden davor zu warnen, eine abweichende Meinung zu äussern oder sich für den Frieden zu engagieren.

Zur Situation in den Gefängnissen ergab sich aus Gesprächen mit erst seit kurzem entlassenen Gefangenen, dass sich die Bedingungen ständig verschlechtern und dass die Folter in den Gefängnissen andauert.

In allen Gesprächen, die die Abgeordneten in der Türkei führten,



Jeremy Corbyn, Labour-Stadtrat und Abgeordneter

mussten sie ihren Gesprächspartnern vorher versichern, auf keinen Fall ihre Namen zu veröffentlichen oder Gespräche zu wiederholen. Es herrscht allgemein eine grosse Angst davor, für Kritik an der Regierung bestraft zu werden. Diese Angst beeinträchtigt auch die Arbeit der Journalisten. Neben der Zensur durch die Militärbehörden hat sich bei der türkischen Presse eine subtile Form der Selbstzensur entwickelt, um von vorneherein das Verbot einer Zeitung zu vermeiden.

Abschliessend kam die Abgeordnete Claire Short auf die Haltung Grossbritanniens und anderer westlicher Länder gegenüber der Türkei zu sprechen, die angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen bis jetzt noch keinen Protest an die türkische Regierung gerichtet haben. Das britische

(Forts. S.14)



Alex Lyon, früherer Staatsminister und Labour-Abgeordneter

(Forts. von S.13)

Aussenministerium und die britische Botschaft in der Türkei vertreten sogar nachdrücklich den Standpunkt, Pressezensur, Missachtung der Menschenrechte und Folter seien notwendig. Das bedeutet für ganz Europa eine äusserst gefährliche Situation.

Erstens ist die Türkei ein Mitglied der NATO, einer westlichen Allianz mit dem Ziel der Verteidigung von Freiheit und Demokratie. Von Demokratie und Freiheit kann jedoch zur Zeit in der Türkei keine Rede sein. In der türkischen Bevölkerung besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, dass Unterdrückung herrscht und eine Rückkehr zur Demokratie unbedingt notwendig ist. Diese Meinung vertritt sogar ein konservativer Politiker wie Demirel, der während seiner Regierung eine Allianz mit den Faschisten eingegan-

gangen ist. Er forderte die westlichen Länder auf, dem türkischen Volk zu helfen, indem sie auf einer Rückkehr zur Demokratie bestehen.

Da die Türkei ein NATO-Mitglied ist, tragen auch die übrigen NATO-Mitgliedsstaaten Verantwortung dafür, was in der Türkei passiert. Metris, wo die beiden Schauprozesse gegen DISK und die türkische Friedensvereinigung stattfinden, ist ein Militärlager. In diesem Lager befinden sich Soldaten aus allen NATO-Mitgliedsländern. Sie sollten ihre gemeinsamen Aktivitäten nicht nur auf Truppenübungen beschränken sondern sich auch der gemeinsamen Verantwortung für die Vorgänge an den Gerichtshöfen von Metris bewusst werden.

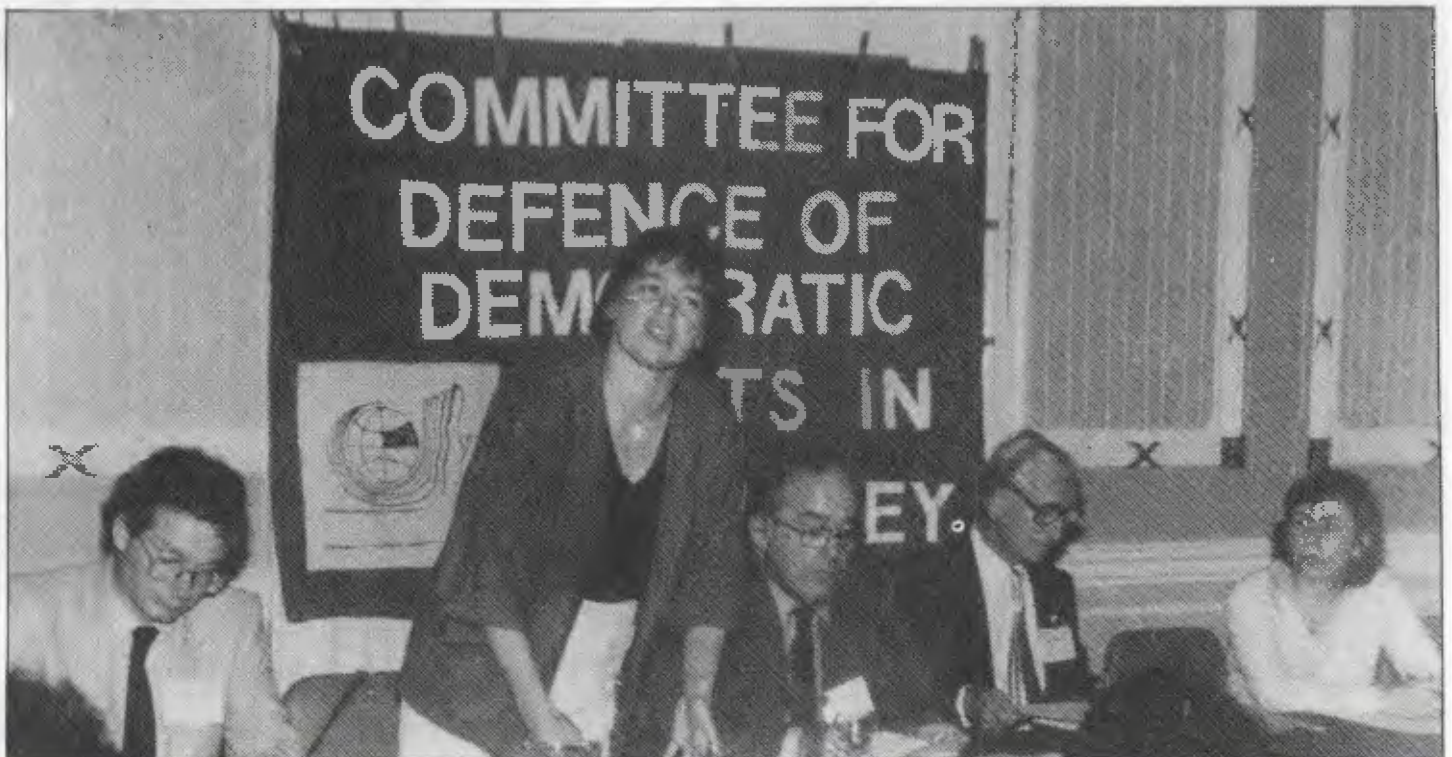
Zweitens ist die Türkei ein Unterzeichner der europäischen Menschenrechtsdeklaration. Internationale Verträge sind dazu da, unsere Menschenrechte in Zeiten zu verteidigen, in denen sie in Gefahr sind. Wenn Menschenrechte so massiv verletzt werden können, ohne dass die britische (oder die bundesdeutsche) Regierung Einspruch erhebt, dann gibt es auch für uns keine Sicherheit mehr. Häufig wird das Argument vorgebracht, dass vor dem Militärputsch auf den Strassen Anarchie und Terrorismus herrschte und dass nur eine Militärregierung die Demokratie retten konnte. Leider wurde nie der Versuch unternommen, die Demokratie wiederherzustellen. Immer mehr Leute gelangen zu der Ansicht, dass die Militärs die Anarchie bewusst zugelassen und gefördert haben, um einen Vorwand für die Machtergreifung und die Unterdrückung der Demokratie zu haben.



Chris Smith, Labour-Abgeordneter

Wenn so etwas in der Türkei passieren kann, kann das auch in anderen Ländern passieren, besonders bei der derzeitigen ökonomischen Situation in Europa. Wenn sich dieses Modell ohne jeden Protest oder Druck seitens europäischer Regierungen entwickeln kann, dann ist Europa weniger sicher.

Es muss endlich aufhören, dass Grossbritannien und die BRD die faschistische Militärjunta verteidigen. Alle Abgeordneten sollten daher verstärkt im Namen des türkischen Vokes ihren Einfluss auf die Regierung geltend machen. Wenn dieser Zustand in der Türkei weiterhin gebilligt wird, sind Rechte in ganz Europa gefährdet. Es ist eine bodenlose Heuchelei, wenn die britische Regierung angesichts einer massiven Unterdrückung bei einem ihrer NATO-Verbündeten die Augen verschliesst, jedoch bei Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen der Welt andauernd Kritik übt.



Claire Short bei ihrem Bericht auf der Pressekonferenz

Mehmet Arat

ICH TRÄUME

Ich träume von einer Welt
In der alle leben können ohne Geld,
Ohne Hass, ohne Streit.

Ich möchte leben irgendwo
Ohne Sorgen, ohne Not
In einer sauberen Umwelt
Ohne Schmutz, ohne Dreck.

Ich möchte es erleben,
Irgendwann so glücklich zu sein,
Dass ich nicht mehr weinen muss.

Ich möchte leben in einer Gesellschaft,
Wo die Leute zärtlich zueinander sind
Und die Liebe gross geschrieben wird.

Ich träume von einer Welt
In der keiner herrscht,
Frei von Unterdrückung
Und ohne Klassen.

Ich träume davon, die Freiheit
zu geniessen,
So was sie bedeutet
Und so, wie sie ist.

Ich träume davon,
Dass meine Träume einmal
Wirklichkeit werden.

Deshalb habe ich aufgehört zu träumen
Und habe die Ärmel aufgekrepelt
Für die Verwirklichung dieser Träume
Selbst etwas zu tun.

... PRESSESPIEGEL ...

SPIEGEL Nr.46, 14.Nov 83

Schlag aufs Auge

Die Militärs waren zu siegessicher — sie erlitten bei der Wahl eine schmachliche Niederlage.

Ohne Namen zu nennen, empfahl der Ex-General seinen Ex-Kameraden Turgut Sunalp, den Führer der von den Militärs gegründeten Nationalistischen Demokratischen Partei, als Sieger. Dringend abzuraten sei "von jenen Leuten, die sich damit brüsten, nur sie kennten die natürlichen Gesetze der Wirtschaft".

Gemeint war Turgut Özal, 57, Führer der rechtsliberalen Mutterlands-Partei. Er siegte triumphal — für die Generale "ein Schlag aufs Auge", fand die Londoner "Times"...

Schlag Nummer zwei: Unerwartet gut, mit rund 30 Prozent, schnitt die gemässigt sozialdemokratische Volkspartei des farblosen Necdet Calp, 61, ab...

Doch was am meisten schmerzte: Der Rechte Sunalp, Favorit des Militärs, landete abgeschlagen mit gut 23 Prozent der Stimmen auf Platz drei. Eindrucksvoller hätte der Protest der Türken gegen die Kasernenhof-Demokratie, welche die Militärs ihnen zugedacht hatten, kaum ausfallen können...

Viel Spielraum wird ein Premier Özal nicht haben. Präsident Evren, der noch sechs Jahre amtiert, ist mit einer neuen Verfassung ausgestattet, die ihn zum Herren im Lande macht. Vergangenen Freitag wurde das Kriegsrecht vorerst für vier Monate verlängert, überdies haben die Militärs eine Flut von Gesetzen erlassen, die ihnen eine fast vollständige Kontrolle der Gesellschaft garantiert (SPIEGEL 44/1983)...

Nachdem sich die beiden Herren nach türkischer Sitte beidseitig geküsst hatten, stellte Özal klar, dass er die Machtverhältnisse differenzierter sieht: "Ein Bündnis der Nation mit der Armee", das sei türkische Demokratie...

Frankfurter Rundschau, 9.Nov 1983

Turgut Özal will mit Bonn härter verhandeln

(...)

Er (Özal) dankte in seiner Unterredung mit Evren dem Präsidenten und den türkischen Streitkräften ausdrücklich dafür, dass sie das Land "zur Demokratie zurückgeführt" hätten. Eine von ihm geführte Regierung werde "eine Fortset-

zung der Administration des 12. Septembers" sein.

In einem Interview mit der Zeitung "Hürriyet" hat der Wahlsieger unterdessen seine Pläne zur Regierungsbildung erläutert. Ihm schwebte eine Administration vor, "die nach dem Vorbild einer Armee organisiert" sei. "Auf diese Weise wäre alles jederzeit unter meiner Kontrolle, und alle Informationen wären auf mich konzentriert", meinte Özal.

Pu Frankfurt a. M. Das Interesse an den innenpolitischen Vorgängen in ihrem Land werde nach den Wahlen wohl nachlassen, befürchteten türkische Regimegegner in Gesprächen mit einer bundesdeutschen Delegation, die sich vom 3. bis 7. November zur Beobachtung der Parlamentswahlen in Ankara und einigen kleineren Städten aufhielt. Der Delegation gehörte ausser dem Bundestagsabgeordneten der Grünen, Uli Fischer, und seiner Frau der IG-Metall-Sekretär Herbert Schieber aus Salzgitter, Johannes Kube, Ausländerbeauftragter der Evangelischen Studentengemeinde an der Technischen Hochschule Aachen, Ute Sparschuh vom Politikwissenschaftlichen Fachbereich der TH Aachen und der Braunschweiger Arzt Hermann Boit sowie eine Dolmetscherin an. Ihre Gesprächspartner, vor allem ehemalige Minister und Abgeordnete der verbotenen sozialdemokratischen "Republikanischen Volkspartei" (CHP) von Exministerpräsident Bülent Ecevit, hätten betont, dass solche Besuche für die oppositionellen Kräfte bisher von grosser Bedeutung gewesen seien, erklärte Fischer am Montagabend in Frankfurt und nannte es wichtig, jetzt weiter Interesse für die Opposition zu demonstrieren.

In einer vor der Presse verlesenen Erklärung fordern die türkischen Regimegegner die westeuropäischen Regierungen auf, darauf hinzuwirken, dass zunächst die Willkür und Brutalität staatlicher Organe in der Türkei beendet und dann eine Amnestie für alle politischen Gefangenen erlassen wird. In einer weiteren Stufe sollten die bürgerlichen Freiheitsrechte wiederhergestellt und zu diesem Zweck die 1982 in Kraft getretene Verfassung geändert werden...

Taz, 9.11.1983

Evren: "Wir hätten keine Wahlen zugelassen, wenn sie uns geschadet hätten."

(...)

Evren erklärte, die Armee hätte keine Wahlen zugelassen; wenn wir geglaubt hätten, dass das Ergebnis uns schaden könnte..."

Turgut Özal, Wahlsieger und Vorsitzender der "Mutterlandspartei" (ANAP), der am Dienstag von Staatspräsident Evren empfangen wurde, hatte noch am Montagnachmittag erklärt, er habe keine Zweifel daran, dass er die Regierung bilden werde...

Özal sagte: "Es ist für mich keine Frage, dass Präsident Evren und ich in Zukunft zusammenarbeiten werden..."

Spiegel Nr. 40, 3 Okt 83

Eiserne Hand

Die Militärs errichten eine Scheindemokratie: Wer die Wahl gewinnt, steht im Grunde schon fest...

Am 6. November, nach gut drei Jahren Militärherrschaft, soll es soweit sein. 19,6 Millionen Wahlberechtigte dürfen, müssen sogar unter Androhung von Geldstrafen an die Urnen. Und nach den Wahlen dann, so befiehlt Ex-General und Staatspräsident Kenan Evren seinen Landsleuten, "dürft ihr euch nicht streiten, ihr müsst euch lieben".

Die Liebe der Türken muss sich, soll kein Streit ausbrechen, nach dem 6. November ganz auf die Militärs und deren Marionetten konzentrieren. Denn zwei der drei Parteien, die zur Wahl stehen, sind Kunstgebilde, ihre Führer treue Lakaien der Militärmacht...

Damit die Zusammensetzung eines künftigen Parlaments plangemäss ausfällt, hat sich die Junta vorbehalten, auch noch über die Veröffentlichung der Kandidatenlisten hinaus Bewerber zu streichen. Das gilt, bis das Wahlergebnis verkündet ist. Gewählte Abgeordnete können also noch gefeuert werden...

Eine der Bedingungen, an den Wahlen teilzunehmen, war die Aufstellung von 30 Gründungsmitgliedern, die vor den Augen des Regimes Gnade finden mussten. Ehemalige Präsidenten, Premiers, Parlamentarier und hohe Parteifunktionäre waren von vorneherein ausgeschlossen, Hunderte von ihnen sind für fünf bis zehn Jahre aus der Politik verbannt...

... PRESSESPIEGEL ...

Kölner Stadt-Anzeiger
26.8.1983

Ankara (ddp) — Nur drei Parteien dürfen sich bei der Parlamentswahl am 6. November in der Türkei den Wählern stellen. Die anderen Bewerber scheiterten an den gestellten Bedingungen oder wurden wie die konservative Rechtspartei oder die sozialdemokratische SODEP von den herrschenden Militärs von der Teilnahme ausgeschlossen. Die vier Parteien, die vor dem Putsch in der Türkei fast die gesamten Wählerstimmen auf sich vereinigt hatten, sind allesamt ausgeschlossen.

Times 9.8.1983

Internierte Führer bezeichnen türkische Wahlen als Betrug

In einem Memorandum, das 16 frühere rechte und linke politische Führer der Türkei erstellten, wovon die Times eine Kopie erhielt, die aus einem Internierungslager herausgeschmuggelt

wurde, werden die bevorstehenden Wahlen im Herbst als Betrug bezeichnet...

Neun der Inhaftierten, einschliesslich Demirel, gehören der politischen Rechten an, wie auch der ehemalige Aussenminister Çağlayangil.

Die sieben anderen sind ehemalige Minister der links von der Mitte stehenden Republikanischen Volkspartei, Deniz Baykal, der ehemalige Finanzminister, gehört dazu.

Sie alle wurden vom Regime beschuldigt, versucht zu haben, ihre nun aufgelösten Parteien unter neuen Namen wieder zu konstituieren. Offiziell sind sie eher "Gäste" als "Gefangene", aber sie dürfen nur Besuche von Verwandten empfangen, von denen erwartet wird, dass sie keine Kassettenrecorder mitbringen oder Notizen machen. In Bezug auf den Regierungsbann, der über die vorgeschlagene Gross-Türkische Partei verhängt wurde (die Demirel diskret unterstützte) und die Aberkennung politischer Rechte der Möchte-

Gern-Gründer neuer Parteien, sagt das Memorandum, die türkischen Wähler wählten im Herbst nur die von der Junta ausgesuchten Kandidaten. Dies sei eine Beleidigung des Landes, der Nation und der Armee. Türkei sei nicht Pakistan, heisst es weiter, wir wollen keinen Zia-ul-Haq, in ihrer ganzen Geschichte sei die Türkei noch niemals eine Kolonie gewesen.

Die Verfasser erklärten, die Türkei sei jetzt in eine schwerere Krise getrieben worden als vor dem 12. September 1980, als die Armee die Macht übernahm. Sie sagen voraus, dass das Ergebnis entweder Faschismus oder Kommunismus heissen werde, und sie kritisieren die westlichen Länder dafür, dass sie Evren applaudierten, bis ihre Hände rot seien...

Freie und ehrliche Wahlen wird es in der Türkei nicht geben, sagen sie abschliessend. Die Stimmen werden aufgeteilt werden zwischen den von den Generälen ausgewählten Personen...



Die Armee: Stütze der "Demokratie" in der Türkei

Die Rückkehr "förderung" — Betrug statt Hilfe

Renate Braun

Am 30. November 1983 wurde von der Bundesregierung ein neues Gesetz erlassen, das die Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern in ihre Heimatländer fördern soll. Dieses Gesetz wurde im Rahmen der Kommission "Ausländerpolitik" entwickelt, die kurz nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 von Zimmermann ins Leben gerufen wurde. Dieser Bericht ist

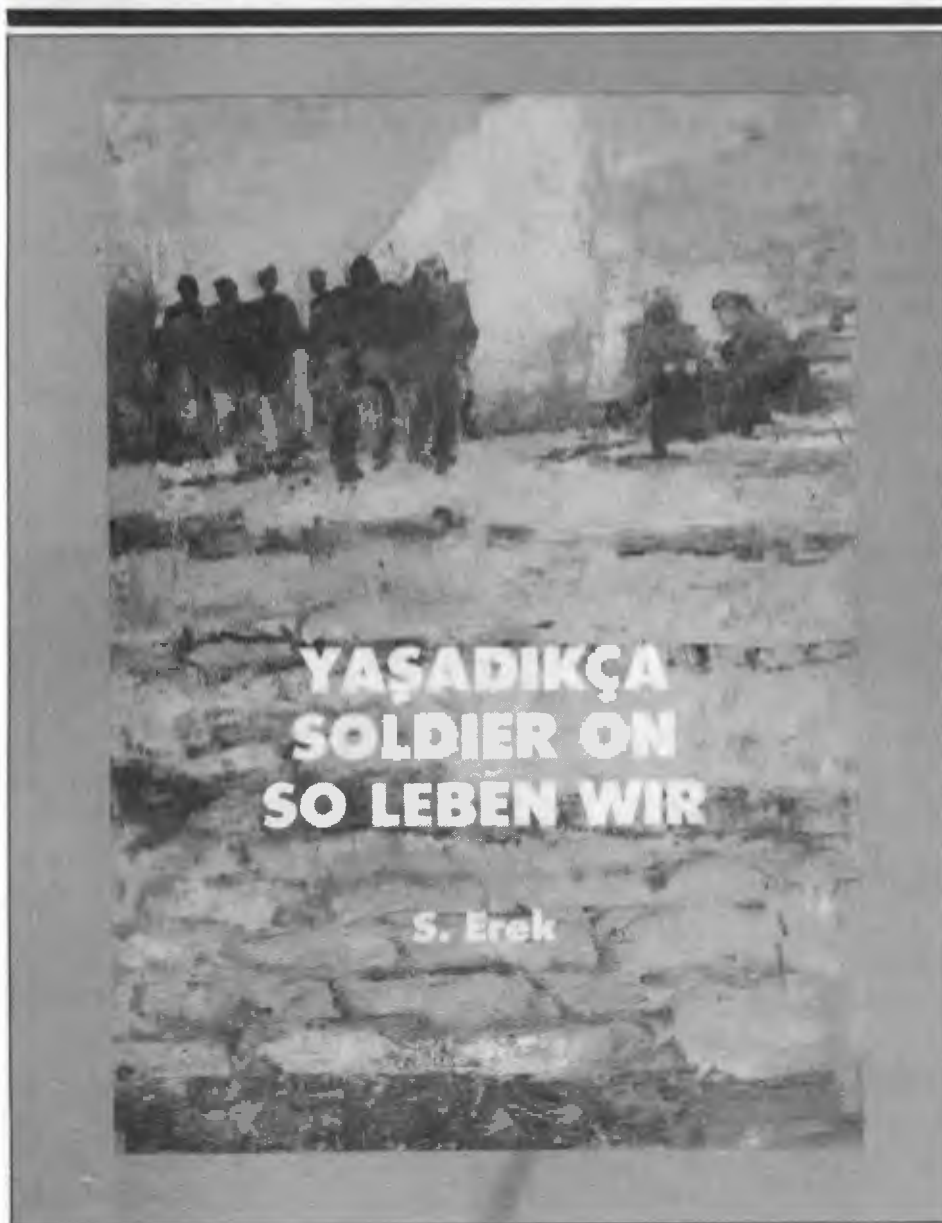
im Gegensatz zu allen bisherigen Berichten zum Thema Ausländerpolitik gekennzeichnet durch eine "exekutive" Sicht, d.h. Ausländerfragen werden nicht mehr unter gesellschaftspolitischem Blickwinkel behandelt, sondern allein unter dem Gesichtspunkt bürokratischer Bedürfnisse und "Sach"-zwänge.

Das neue Gesetz sieht vor, rückkehrwilligen Ausländern eine Rückkehr-

hilfe in Höhe von 10500 DM zu zahlen, wenn sie gemeinsam mit ihren Familien in die Türkei zurückkehren. Für jedes Kind, das vor dem 1. Juni in die Bundesrepublik Deutschland eingereist ist, kommt ein Betrag von 1500 DM hinzu. Damit Mitnahmeeffekte vermieden werden, müssen bei den begünstigten Ausländern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein; Rückkehrhilfe erhalten nur Arbeitnehmer, die infolge eines Konkurses oder einer Betriebsstilllegung nach dem 30. Oktober 1983 arbeitslos geworden sind bzw. die mindestens seit einem halben Jahr von Kurzarbeit betroffen sind. Wird der Antrag später als einen Monat nach Beginn der Arbeitslosigkeit gestellt, so verringert sich der Grundbetrag für jeden angefangenen Monat um 1500 DM für Arbeitslose und 750 DM für Kurzarbeiter. Der Antrag auf Rückkehrhilfe muss spätestens bis zum 30. Juni gestellt werden. Bis dahin muss die ganze Familie die Bundesrepublik Deutschland verlassen haben.

Neben dieser Rückkehrhilfe werden dem ausländischen Arbeitnehmer noch weitere Vergünstigungen angeboten. Dazu gehört zum einen die Erstattung der Arbeitnehmerbeiträge aus der Rentenversicherung und zum anderen die Auszahlung staatlich begünstigter Spareinlagen etwa in Bausparverträgen oder vermögenswirksamen Sparverträgen ohne den Verlust staatlicher Vergünstigungen.

Dieses Gesetz soll also für Ausländer, damit sind vor allem Türken gemeint, einen Anreiz bieten, in ihre Heimat zurückzukehren. Auf den ersten Blick wirkt es auch als attraktives Angebot, denn es wird sicherlich bei vielen die Illusion erwecken, mit einem guten Startkapital könnten sie in ihrer Heimat einen Neuanfang machen. Besonders diejenigen, die eine Rückkehr bereits in Erwägung gezogen haben, werden diese Regelung als eine günstige Gelegenheit betrachten, jetzt zurückzukehren. Dass sie dabei von der deutschen Regierung übers Ohr gehauen werden, ist ihnen sicher nicht klar. Dieses Gesetz, das ja erst am 1. Dezember in Kraft getreten ist, setzt den Ausländern enge zeitliche Grenzen, innerhalb derer sie sich entscheiden müssen. Dabei bleibt ihnen keine Zeit, sich genau über die Konsequenzen ihrer Entscheidung zu informieren.



Haben Sie sich vielleicht schon gefragt, von wem die Titelbilder für diesen und den vorausgehenden TÜRKEI-SPIEGEL stammen? Die Antwort heisst: Von S. Erek, einem in der türkischen Linken wohlbekannten jungen Künstler. Wir weisen hiermit auf eine Kollektion seiner Werke hin, YAŞADIKÇA/SOLDIER ON/SO LEBEN WIR, deren Titelseite — leider nur in Schwarz-Weiss — oben zu sehen ist. Sie können es für 20DM von IVDRT beziehen.

Bei genauerem Hinsehen erweisen sich nämlich sämtliche im Gesetz enthaltenen Massnahmen als diskriminierend und unsozial. So werden bei der Auszahlung der Rentenansprüche nur die Arbeitnehmerbeiträge berücksichtigt. Die Arbeitgeberbeiträge bleiben dem Rentenfond erhalten und werden auf lange Sicht gesehen eine Erleichterung der deutschen Rentenversicherung darstellen. Ebenso verhält es sich bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes, das mit 10500 DM sicher nicht abgedeckt ist, verglichen mit den jahrelangen Abgaben der Sozialversicherungsbeiträge durch die Ausländer. Ausserdem verletzen diese Regelungen die Grundprinzipien der Pflichtversicherung. Versicherungen sind nämlich dazu da, abhängig Berufstätige in Zeiten zu unterstützen, in denen sie auf Grund von Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit selbst nicht in der Lage sind, sich zu versorgen. Durch die einmalige Auszahlung der Arbeitslosen- und Rentenansprüche bleiben die Ausländer in der Zukunft ohne jede soziale Sicherung. Auch im Alter werden sie keine Ansprüche mehr auf Rente haben, so wie es jeder Deutsche und bisher auch jeder Ausländer hatte, der hier in der Bundesrepublik Deutschland gearbeitet hat.

Die wichtigste und langfristig schädlichste Folge dieses Gesetzes wird die psychologische Wirkung auf die deutsche Bevölkerung und hier besonders auf die Ausländer- und Sozialbehörden sein.

Schon jetzt ist der Umgangston gegenüber Ausländern auf diesen Behörden alles andere als freundlich. Den Ausländern wird deutlich zu verstehen gegeben, dass sie unerwünscht sind, dass sie hier in der Bundesrepublik Deutschland nichts mehr zu suchen haben. Diese Haltung bekommt jetzt eine gesetzliche Grundlage, denn was ist dieses Gesetz anderes als eine neue Form der Abschiebung der Ausländer.

Bei vielen Deutschen wird die Hoffnung entstehen, dass durch die Rückkehr vieler Ausländer in ihre Heimat der deutsche Arbeitsmarkt entlastet und die wirtschaftliche Krise wieder abgeschwächt wird.

Die Ausländer, die trotzdem hierbleiben, werden verstärkt die Konsequenzen dieser falschen Hoffnungen tragen müssen. Die Ausländerfeindlichkeit wird weiter zunehmen.

Dieses Gesetz ist jedoch nur der Anfang einer Reihe weiterer Ausländergesetze innerhalb der Abdrängungspolitik der Bonner Regierung. Es wurde bereits der Vorschlag gemacht, in die Liste der Ausweisungsgründe den einjährigen Bezug von Arbeitslosenhilfe aufzunehmen. Es ist daher notwendig, dass sich die Opposition, die SPD und die Grünen, mit allen Kräften gegen die

Durchsetzung dieser Ausländergesetzgebung wehren. Das allein reicht natürlich nicht. Jeder muss dazu beitragen, dass die Ausländer und auch die deutsche

Bevölkerung genau darüber aufgeklärt werden, wie die deutsche Regierung versucht, die Ausländer zu betrügen und sich an ihnen zu bereichern.



Ein schönes Bild aus dem auf Seite 18 annoncierten Buch von S. Ereğ: "Herbstgespräch"





Herausgeber und v.i.S.d.P.:

Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei
c/o Ulrike Garbatz
Hohenstaufenring 23
5000 Köln 1

Organisationen, die uns unterstützen:

KÖLN: Solidaritätsbund der Arbeiter a.d. Türkei
Krefelderstr. 29
5 Köln 1
Tel: 0221/721908

MANNHEIM: MiB
K 2,29
6800 Mannheim 1

HAMBURG: HTiB
Erzbergerstr 15
2000 Hamburg 50
Tel: 040/3902103

FRANKFURT: FTiB
Leipzigerstr. 32
6000 Frankfurt 1
Tel: 0611/777849